

## **BBI: Kein Zuschuss für Klage Privater**

# **Gemeindevertretung stellt Betroffenen Unterlagen von Kanzlei der Schutzgemeinschaft zur Verfügung**

MAHLOW - Einen Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt für eine Klage der Betroffenen gegen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss zum BBI gibt es nicht. Die Gemeindevertreter aus Blankenfelde-Mahlow lehnten mit großer Mehrheit einen Antrag der Fraktion BVBB-WG auf einen Klagekostenzuschuss von 75 000 Euro ab. Drei Gemeindevertreter stimmten dafür, einer enthielt sich. Matthias Stefke, Fraktionsvorsitzender der BVBB-WG, hatte nach ausführlicher Diskussion eine namentliche Abstimmung gefordert.

„Ich hatte mich gefreut endlich über eine erste gemeinsame Sache mit dem BVBB“, sagte Manfred Claus von den Linken. Wie er bedauerten auch andere Gemeindevertreter, dass eine Zuwendung für Private aus dem Gemeindehaushalt rechtlich nicht möglich ist. Die Fraktionen der SPD/Grüne, der CDU und der Linken hatten sowohl von der Kommunalaufsicht als auch von einem beauftragten Anwalt bescheinigt bekommen, dass der Einsatz von Haushaltsmitteln für Rechtsstreitigkeiten einzelner Privatpersonen bedenklich sei. Auch die Möglichkeit der Schaffung eines Fonds zur Unterstützung der Kläger sei geprüft worden – was sich ebenso problematisch zeige.

„Wir wollen Hand in Hand mit den Betroffenen arbeiten“, betonte Regina Bomke. Also habe man einen Weg gesucht, der rechtmäßig sei, so die CDU-Fraktionsvorsitzende. Wie die Gemeinde die Kläger unterstützen kann, haben die drei Fraktionen in einem Initiativantrag formuliert, der dann auch beschlossen wurde. Danach sollen alle über die Schutzgemeinschaft der Umlandgemeinden für die drei Klagegegenstände (Nachtflug, passiver Schallschutz nachts und Grenzziehung Außenwohnbereichsentschädigung) für notwendig erachteten Gutachten und wissenschaftliche Schriftsätze zur Klageerhebung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig den Bürgern kostenlos zugänglich gemacht werden.

„Die Gutachten kosten uns wahnsinnig viel Geld, wir bezahlen sie aus Steuergeldern, sie stehen den Bürgern zur Verfügung“, so Regina Bomke. Sollten Anwälte von Privaten noch andere Unterlagen brauchen, könnte das die Gemeinde veranlassen.

Die BVBB-WG-Fraktion zeigte sich enttäuscht, Matthias Stefke sprach von einem „rechtlichen Rätsel“. Er erzählte von einer Gemeinde, die zwei Euro pro Einwohner zur Verfügung stellte. „Da geht es komischerweise“, sagte er. Sollten die Klagekosten bis Ende November 2009 nicht abgesichert sein, so wird der BVBB seine Bemühungen zur Klagevorbereitung einstellen, ließ der Verein gestern wissen.

Am Montag, dem 16. November, informieren um 19 Uhr die BVBB-Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow-Diedersdorf und die Fraktion BVBB-WG im Lokal „Zur Eiche“ in Blankenfelde Betroffene darüber, was nach dem ergänzenden Planfeststellungsbeschluss zu tun ist. (Von Elke Höhne)